

ELMAR ALTVATER

Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique«.

Der Internationale Lelio Basso Preis und die Suche nach politischen Alternativen

50 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anlässlich des 20. Jahrestages des Todes von Lelio Basso (1978) haben die Familie Lelio Bassos und zwei Stiftungen, die seinen Namen tragen und auf verschiedene Weise sein Projekt weiterverfolgen¹, einen (immerhin mit zwei Mal 10 000 US-Dollar dotierten) Preis ausgeschrieben, den »Internationalen Lelio Basso Preis für ökonomische und politische Alternativen«. Lelio Basso war italienischer Sozialist, europäischer Linker und engagierter Verteidiger der Rechte der Menschen und der Völker: *der Völker*, denn es gibt Rechte, die nicht nur dem Individuum zukommen, die aber auch nicht Rechte der »Staatenwelt« (internationales Recht) sind.

Auf seine Initiative wurde in Fortsetzung des »Russell-Tribunals«² Mitte der siebziger Jahre das »Permanente Tribunal für die Rechte der Völker« ins Leben gerufen, das auch heute noch ein Forum ist, um Menschen und Völkern eine Stimme gegen Unrecht, das von staatlichen und parastaatlichen Mächten begangen und durch außerkonstitutionelle, ökonomische Mächte und durch die neoliberal geprägte Weltwirtschaftsordnung verursacht wird, zu geben. Im Rahmen des »Basso-Tribunal« nehmen sich Richter und Sachverständige mit internationaler Reputation der Sache derjenigen an, deren Rechte verletzt worden sind, und die als Zeugen während des Tribunals auftreten³. Das »Basso-Tribunal« kann weder verbindliches Recht sprechen noch seine Sprüche mit Hilfe der nationalen oder internationalen Staatsgewalt durchsetzen. Es ist also machtlos, es ist ein »Meinungstribunal«. Doch als solches leistet es einen Beitrag zur Veränderung der Diskurse, und diese Funktion ist nicht zu unterschätzen.

Nicht daß jemand erwarten würde, mit einer Geldsumme (und sei sie noch so groß) politische Alternativen zum herrschenden neoliberalen Diskurs »einkaufen« zu können. Die *Preisfrage* und deren Dotierung sollten vielmehr *erstens* an einer alten europäischen, aufklärerischen Tradition anknüpfen, an die akademischen Preisfragen des 17. und 18. Jahrhunderts. Sogar bedeutende Denker wie Leibniz oder Rousseau äußerten sich zu den »Preis«-Fragen, die zu ihrer Zeit gestellt wurden. *Zweitens* wurde die Absicht verfolgt, mit der kollektiven Suche nach Alternativen Netzwerke der theoretischen Deliberation und praktisch-politischen Kooperation zu fördern. Kommunikation ist trotz elektronischer Medien nicht kostenlos zu haben. Mit dem Preis sollten also keine Meisterwerke von Individuen monetär prämiert, sondern politische Netzwerke

Elmar Altvater – Jg. 1938. Dr. oec. publ., ist Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, er war Präsident der Jury zum Internationalen Lelio Basso Preis 1998.

1 Diese beiden Stiftungen sind das Institut für das Studium der gegenwärtigen Gesellschaft (ISSOCO) und die Internationale Lelio Basso Stiftung für die Rechte und die Befreiung der Völker; beide Stiftungen haben ihren Sitz in Rom.

2 Das »Russell-Tribunal« wurde von Lord Bertrand Russell 1964 gegründet, um dem Protest gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam ein Forum zu geben. Es tagte zwei Mal in Stockholm und Roskilde unter der Präsidentschaft von Jean-Paul Sartre. Anfang

der siebziger Jahre wurde ein »Russell-Tribunal« über die Militärdiktatur in Brasilien vorbereitet. Doch als es im Frühjahr 1974 seine Arbeit aufnehmen wollte, hatte gerade der blutige Militärputsch in Chile stattgefunden. Am Ende der drei Sitzungen des Tribunals in Rom und Brüssel schlug Lelio Basso die Einrichtung eines »Permanenten Tribunals der Völker« vor, gegründet auf einer allgemeinen Charta über die Rechte der Völker. Dies war die Geburtsstunde der »Basso-Tribunale«. Vgl. F. Rigaux: L'Autodeterminatione nelle Sentenze del Tribunale Permanente di Popoli, in: Fondazione Internazionale Lelio Basso per il Diritto e la Liberazione di Popoli, Tribunale Permanente di Popoli, Le Sentenze 1979-1998, cura e introduzione di G. Tognoni, Lecco 1998, S. 747-760.

3 Vgl. zur Idee und Geschichte der Basso-Tribunale vgl. G. Tognoni: Alle radici del Progetto TTP und F. Rigaux: L'autodeterminatione ..., a.a.O., S. I-XII und 747-760. In diesem Sammelband finden sich sämtliche Urteile des Permanenten Tribunals der Völker und eine Liste derjenigen, die an den Tribunalen mitgewirkt haben.

4 Vgl. dazu den Beitrag von Raffaele Piria in: UTOPIE kreativ, Nr. 102 (April 1999), S. 19-21.

5 Mitglieder der Jury waren: Elmar Altvater (Berlin), Samir Amin (Dakar), Perry Anderson (London), Carlo Basso (Mailand), Linda Bimbi (Rom), Monique Chemillier-Gendreau (Paris), Luiza

unterstützt werden. *Drittens* sollte mit der Preisfrage die Erinnerung an die politische Persönlichkeit Lelio Basso wachgehalten werden, nicht im Sinne einer Heldenverehrung, sondern um einen auch heute noch bedeutsamen Impuls der politischen Arbeit zu stärken: die kollektiv wahrzunehmende Verpflichtung gegenüber den Rechten der Menschen und der Völker.

Die Preisfrage in der international publizierten Ausschreibung⁴ lautete: »Obwohl das »sozialistische« Regime des ehemaligen sowjetischen Ostblocks gescheitert ist, erscheinen die Frage der Alternativen zur globalen Herrschaft des Neoliberalismus und die Härten der Strukturanpassung erneut auf der Tagesordnung: Politische Krisen, bewaffnete Konflikte, soziale Ausgrenzung und die Umweltzerstörung gefährden das Überleben der Menschheit. Ist es möglich, sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft für das 21. Jahrhundert basierend auf den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vorzustellen? Der Preis wird an schriftliche Arbeiten vergeben, die sich mit grundsätzlichen Aspekten theoretischer, strategischer und politischer Natur oder Reflexionen zu praktischen Politikerfahrungen befassen.«

Genau 150 Arbeiten aus aller Welt sind bei der international zusammengesetzten Jury⁵ eingegangen. Sie spiegeln die Schwierigkeiten wider, mit denen eine kollektive Suche nach theoretischen und politischen Alternativen zur »pensée unique« des Neoliberalismus zu rechnen hat. Einige der eingereichten Arbeiten sind in den vergangenen Monaten in *UTOPIE kreativ* publiziert worden. Viele Arbeiten, auch solche, die den Preis nicht gewonnen haben, lohnen die Publikation, weil sie dazu beitragen, die kritische Reflexion zu beleben. Dies gilt auch für die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsätze von Roberto Bugliani, Benedetta Calandra, Bamba Ka, Lev Kreft, Bertell Ollman und Tim Murphy. Sie sind Teil dessen, was Lelio Basso die »ricerca collettiva«, den kollektiven Forschungsprozeß nannte.

Kollektive Forschung als linkes Projekt

Tatsächlich gibt es nach den Erfahrungen des »kurzen 20. Jahrhunderts«⁶ von 1917 bis 1989 keine forsche Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative zum vorherrschenden Modell von Marktregulierung und formaler Demokratie. Das ist keine Qualitätsfrage der intellektuellen Beiträge der Verfasser; schon die traditionelle Klassentheorie hat gezeigt, daß das Bewußtsein für Alternativen zur bestehenden Gesellschaft immer nur durch ein »besonderes Kombinat von theoretischen Überlegungen mit systematischer Führung in steten eigenen Tageskämpfen«⁷ entsteht. Daß Alternativen immer den Nachteil haben, mit dem bestehenden und auch herrschenden Angebot erfolgreich konkurrieren zu müssen, liegt wegen der normativen Kraft des Faktischen in der Natur der Sache. Wegen der Schwierigkeiten, ökonomische und politische Alternativen in sich stimmig zu formulieren und ihnen obendrein die erforderliche Attraktivität zu vermitteln, wird auf die Suche danach häufig überhaupt verzichtet und mit dem Verzicht sogleich auch die historische Erinnerung an Idee und Praxis eines demokratischen Sozialismus verdrängt.

Oder Alternativen werden ästhetisiert und entpolitisiert⁸; in diese Richtung tendieren heutzutage nicht wenige der »postmodernen« Linken.

Wie Rosa Luxemburg, die Basso verehrte und mit der er sich in einer Reihe von Schriften auseinandergesetzt hat⁹, war er davon überzeugt, daß Sozialismus ohne Demokratie so unhaltbar sei wie eine demokratische Ordnung ohne soziale Verpflichtung¹⁰; diese wirkt »sozialisierend« und wird so zu einer Bedingung der Existenz einer sozialistischen Gesellschaft. Der Dreiklang »sozial«, »sozialisierend«, »sozialistisch« begleitet ein politisches Projekt, das Basso wie viele andere unabhängige Linke im Westen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu realisieren trachtete. Einfach stellte er sich die Realisierung niemals vor. Die Entwicklung einer sozialistischen Alternative (westlicher Prägung und unter den jeweils gegebenen historischen Verhältnissen) ist nach seiner Meinung das Resultat eines langen und nicht endenden kollektiven Prozesses der forschenden Suche (»ricerca collettiva«), der politischen Aktionen und ihrer Reflexion, eine weltweite Aufgabe für einzelne und Bewegungen, für Intellektuelle und politische Aktivist:innen. Die sozialistische Alternative wird also weder aus dem »sozialistischen Lager« in den Westen getragen, noch kann sie aus einem intellektuell ausgearbeiteten Programm deduziert werden. Alternativen entwickeln sich in einem, so würde es heute heißen, »diskursiven Prozeß«. Daran sind viele Menschen aus verschiedenen sozialen und politischen Kontexten beteiligt. Daher ist es verständlich und erklärlich, daß mehrere Teilnehmer am Basso-Wettbewerb sich mit der Zapatista-Bewegung in Chiapas auseinandersetzten, um Schlußfolgerungen für ihren jeweiligen politischen Kontext zu ziehen. Der Diskurs ist durch die Medien vermittelt und wird durch sie beeinflusst. Das Ergebnis des Diskurses steht nicht wie die Resolutionen auf einem Parteitag von vornherein fest.

Dieser Prozeß der forschenden Suche nach politischen Lösungen für anstehende Fragen findet spontan permanent statt, aber er kann auch systematisch gefördert werden. Lelio Basso versuchte ihn als »ricerca collettiva« zu organisieren, also mit Kongressen, Treffen, einer Zeitschrift (dem *International Socialist Journal*), die in den sechziger Jahren dreisprachig (italienisch, französisch, englisch) erschien und für die intellektuelle Bildung der europäischen Linken in dieser Zeit eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangte. Die Dreisprachigkeit war in jener Epoche bereits eine Sensation, ihre Offenheit für heterodoxe Positionen eine politische Herausforderung für die eher traditionellen Fraktionen der Linken, und dazu gehörten trotz eklatanter Unterschiede orthodoxe Kommunisten ebenso wie Trotzlisten oder sozialdemokratische Parteien. Die Zeitschrift mußte freilich eingestellt werden und die Versuche, noch in den achtziger Jahren ein *Basso International Research Network* (BIRN) aufzubauen, waren nicht von Erfolg gekrönt.¹¹

Was Lelio Basso als kollektive Suche und Forschung (»ricerca« hat im Italienischen diese doppelte Bedeutung) in den sechziger und siebziger Jahren bezeichnete und mit großem Engagement und ebenso großer Kompetenz realisierte, wird heute eher als »Diskurs« und »Diskursgemeinschaft«, als »epistemic community«

Erundina (São Paulo), Pierre Galand (Brüssel), Eduardo Galeano (Montevideo), Pablo Gonzalez Casanova (Ciudad de Mexico), David Harvey (Baltimore), Eric Hobsbawm (London), Corinne Kumar (Bangalore), Makoto Oda (Nishinomiya), Leo Panitch (Toronto), Adolfo Perez Esquivel (Buenos Aires), Marco Revelli (Turin), François Rigaux (Brüssel), Stefano Rodotà (Rom).

6 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien/München 1995.

7 W. Abendroth: Die Aufgabe der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik 18, November 1963, S. 10f.

8 Vgl. K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz II, in: Kursbuch 4, Februar 1966, S. 204.

9 Vgl. L. Basso: Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M. 1969; L. Basso: Gesellschaftsformation und Staatsform. Drei Aufsätze (mit einem Nachwort von Oskar Negt), Frankfurt/M. 1975.

10 Vgl. auch O. Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt/M. 1976.

11 Auch der von der »eurosozialistischen Linken« unternommene Versuch, die vielen theoretischen und politischen Zeitschriften der europäischen Linken zu vernetzen, mußte Anfang der neunziger Jahre

aufgegeben werden. Möglicherweise bietet im neuen Jahrhundert das Internet neue Möglichkeiten der Vernetzung. Ansätze gibt es bereits – vgl. <http://www.linksnet.de>.

12 Vgl. dazu E. Altwater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999 (4. überarbeitete Auflage).

oder als »Netzwerk« bezeichnet. Es geht dabei weniger um politischen Machtgewinn, den traditionelle Parteien anstreben, als um die Überzeugung der anderen, um Hegemonie bei der Entwicklung von Begriffen, in der Gewißheit, daß in der langen Sicht die Macht ohne theoretische und moralische Fundierung ihre Ressourcen verzehrt und sich in Ohnmacht wandelt. Allerdings sind die Resultate der »ricerca collettiva« bisher unbefriedigend, auch weil die Netzwerke immer wieder auseinandergefallen sind. Die Schwierigkeiten, eine »ricerca collettiva« als politisches Projekt in Gang zu setzen, dürfen also nicht unterschätzt werden, schon gar nicht im neuen Jahrhundert. Denn die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen haben sich im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren radikal gewandelt; daß dies mit der Globalisierung zu tun hat, sei hier nur angedeutet.¹² Der »Internationale Basso Preis« wurde in der Tradition der »ricerca collettiva« ausgeschrieben; er sollte also ein Projekt, das von Lelio Basso entwickelt worden ist, aufgreifen und unter neuen historischen Verhältnissen fortsetzen. Dabei zeigt es sich, daß Alternativen nicht gerade *en mode* sind.

Die Globalisierung frißt ihre Kinder

Denn das herrschende Denken verteufelt Alternativen und verbannt sie mit dem stetigen Verweis auf externe »Sachzwänge« aus dem politischen Blickfeld, das von den Lichtgestalten der in den Medien hofierten Interpreten des Zeitgeistes ausgeleuchtet wird. Selbst die »Dritte-Weg«-Hudler in Großbritannien und hierzulande gehen auf Distanz gegen zu harsche Kritik am Fetisch Markt. Sie haben vor dem Markt kapituliert – immerhin »ehrevoll«, wie Norman Birnbaum großzügig attestiert (in seinem Kommentar in *El Pais*, Dezember 1999). Wo »die Märkte« das Sagen haben, wird dem Kritiker »silentium« verordnet. Dies mußte nicht zuletzt Oskar Lafontaine erfahren, der mit seinen Versuchen, Zielzonen für Wechselkurse festzulegen und eine koordinierte und konzertierte Zinssenkung in Europa durchzusetzen, »die Märkte« und die Öffentlichkeit derart herausgefordert hatte, daß er zum »gefährlichsten Mann Europas« in der britischen Presse avancierte.

Also ist es gar nicht so selbstverständlich, daß Alternativen zu einem Denken entwickelt werden, das sich in den letzten Jahrzehnten selbstbewußt und selbstsicher ein Monopol der Weltinterpretation anmaßt. Das Monopol entsteht durch Kontrolle der gateways internationaler Kommunikation, durch eine globalisierende Kollusion von Medien, Management und einer Operetten- oder Musicalökonomie, deren Interpreten inzwischen die nahezu unangefochtene Stellung von Hohepriestern der Ökonomie eingenommen haben. An US-amerikanischen Universitäten fließt fast ausschließlich der mainstream der neoklassischen Ökonomie vorbei. Wie wirkungsmächtig diese an das rational entscheidende und an die optimale Allokation von Faktoren durch den Markt und Wohlstandswachstum durch Freihandel glaubende ökonomische Schule ist, zeigt sich an den Studenten. Es gibt Departments of economics, wo 60 bis zu 100 Prozent der Studierenden aus dem Ausland kommen, zumeist aus Entwicklungsländern und mittel- und osteuropäischen Ländern

einschließlich Chinas. Großzügige Stipendienprogramme sind bei der Ausbreitung des »common wisdom« des Neoliberalismus behilflich. Auch Stiftungen, endowments, private und öffentliche policy institutes wirken bei der Ausbreitung und Absenkung neoliberalen Gedankenguts in der globalen Öffentlichkeit mit. Stiftungsprofessuren an Universitäten, mit den richtigen Leute besetzt, von diesen werden provokante Aufsätze in verbreitete Zeitschriften lanciert und daran eine Debatte geknüpft, die den zunächst akademischen Gedanken in die breitere und die Neuigkeit gierig aufnehmende Öffentlichkeit hebt – so etwa sind die Ideen vom »Ende der Geschichte«, von den »Schurkenstaaten« oder vom »Clash of Civilizations« globalisiert worden. Eindeutig ideologische Konzepte des herrschenden Diskurses werden mit der Würde akademischer Neutralität und wissenschaftlicher Innovation bedacht – und dienen doch nur der »Tina«-Botschaft Margret Thatchers: »There is no alternative«.

Weder die Schuldenkrise der achtziger Jahre mit ihren desaströsen Effekten in den meisten Ländern der Dritten Welt, noch die Mexiko-Krise 1994 oder die Asienkrise seit 1997 und die Rußlandkrise 1998 haben die Denkmuster grundsätzlich verändern und die Hohepriester des Neoliberalismus verunsichern können, auch wenn George Soros vor den Auswüchsen des globalisierten Kapitalismus warnt¹³, die er als »Obermanager« des »Quantum Fonds« (mit dem er 1993 die »Bank of England sprengte«) selbst (mit) zu verantworten hat. Diese zerknirschte Selbstkritik ist nicht mehr als ein kleines Fragezeichen hinter den tagtäglichen Husarenmeldungen über den Gang der Geschäfte. Und die laufen *in extremis*. Während die reale Weltwirtschaft 1999 um etwa zwei Prozent gewachsen ist, haben die Geldvermögen zweistellig zugenommen. Eine Manie ist am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Gange, die durchaus Ähnlichkeiten zu den Luftschlössern der Südsee- und Mississippispekulation nach 1720 oder zur Tulpenkrise in Holland wenige Jahrzehnte später aufweist. Allerdings bricht die Einheitlichkeit des eindimensionalen Denkens auf. Der IWF ist von der akademischen Zunft wegen seiner desaströsen Politik in Asien heftig kritisiert worden; angesichts des Artentodes der »asiatischen Tiger« wurde einigen der Hohepriester mulmig zumute. Tatsächlich haben die traditionellen Maßnahmenpakete (Reduktion des Staatsdefizits, Abwertung der Währung, Einschränkung der Massennachfrage, Privatisierung öffentlicher Werte etc.) die Krise offensichtlich und unnötig verschärft.¹⁴

Daß der Vergesellschaftungsmodus in Zeiten der Globalisierung sich immer mehr nach der Logik des Geldes und nicht nach derjenigen der Arbeit richtet, kann jeder Zeitungsleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer feststellen; er wird rund um die Uhr über Börsenkurse und Goldpreis, über Wechselkurse und Zinssätze informiert. Die Manie ist bis in die Kinderzimmer und Küchen vorgedrungen, wo der jüngere Nachwuchs sich im »day-trading« übt und beim Zubereiten von Essen mal schnell Papiere via Internet gekauft und verkauft werden. Die Wirtschaft reduziert sich in dieser Welt der herrschenden Wahrnehmungen auf das Börsengeschehen, und als Kommentatoren der ökonomischen Tendenzen tun sich abgefeimte

13 Vgl. G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998; G. Soros: Hacia una sociedad abierta global, in: El País, 23. Dezember 1997.

14 Vgl. H. Dieter: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg 1998; J. Huffschild: Politische Ökonomie der Finanzen, Hamburg 1999.

15 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1970, S. 783.

16 Dies näher begründen zu wollen, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen – vgl. grundsätzlich zum Zusammenhang von Wert und Geld: M. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991; zur Frage von Arbeits- und Geldgesellschaft E. Altvater, B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung ..., a.a.O.; H. Ganßmann: Geld und Arbeit, Frankfurt/New York 1996.

17 Vgl. N. Luhmann: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M. 1987.

18 Vgl. J. M. Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money, London/Melbourne/Toronto 1964, vor allem das 17. Kapitel.

Börsenjobber hervor, für die Wirtschaft ein Fremdwort ist, sofern es nicht mit »Kursbewegungen« übersetzt wird. Kritiker dieser »Bankokratie«¹⁵ kommen nicht zu Wort oder haben resigniert die Wortmeldung zurückgezogen, da sowieso niemand zuhört oder weil sie merken, daß sie das Marktgeschrei der Börsianer nicht übertönen können. Der Fetischismus, den Marx an der einzelnen Ware festmachte, bezieht sich heute auf »die Märkte«, und dabei vor allem auf die Geld- und Finanzmärkte, die subjektiviert, von den Hohepriestern der ökonomischen Lehre ehrfurchtsvoll wie Gottheiten angesprochen und zur Verehrung durch das ordinäre Publikum bereitet werden.

Die fetischhafte Berichterstattung über Geld und Börsen gab es selbst vor zehn Jahren noch nicht. Der rasante Wandel, der sich in der Welt der Wahrnehmungen vollzogen hat, ist ohne Zweifel eine Folge der Finanzinnovationen, der Deregulierung und Globalisierung. Arbeit ist lokal gebunden, mehr oder weniger bodenständig; Geld hingegen kennt keine Heimat, es durchschweift den globalen Raum, seitdem dies nach der Aufhebung nahezu aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs möglich wurde. Geld steuert den Vergesellschaftungsmodus mehr als die Arbeit, obwohl doch in einer kapitalistischen Gesellschaft Arbeit und Geld gleichermaßen für Wert, Verwertung und Akkumulation verantwortlich sind.¹⁶ Daß die Wirtschaft Arbeit und Produktion einschließt, ist nicht erst seit Luhmann, der die Wirtschaft auf den Zahlungsverkehr zwischen Akteuren reduziert,¹⁷ strittig, sondern angesichts der neoliberalen Aufforderung des »*Enrichissez-vous*« bei Geldgeschäften eine veraltete und uninteressante Erzählung. Arbeit ist, sofern sie Energie- und Stoffdurchsätze intelligent gestaltet, viel zu langsam im Vergleich mit den »Arbeiten« zur Ausnutzung von Preis-, Zins- und Kursdifferenzialen, und sie belastet darüber hinaus das gute Gewissen der Börsenjobber bei ihrer Schnäppchenjagd (nach Millionen und Milliarden), da Arbeit immer und notwendig moralische Standards tradiert. Arbeit hält die Erinnerung an die moralische Ökonomie wach, der Luhmann in seinem systemtheoretischen Wahngelände und die Börsenjobber im praktischen Umgang mit dem Zahlungsmittel den Garaus machen (wollen).

Dabei wird freilich die Keynes'sche Botschaft vergessen, daß durch das Geld Unsicherheit und Instabilitäten begründet werden und daß diese sich zu Krisen verschärfen, die nicht auf die finanzielle Sphäre begrenzt bleiben.¹⁸ Dies ist eine bittere Erfahrung, die die Menschen in Asien, Lateinamerika, Rußland in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben machen müssen. Was als regionale Finanzkrise in Asien und Rußland begonnen hat, stellt sich als weltweite Überakkumulationskrise des Kapitals heraus. Die Profitraten bzw. die Rentabilitäten des Kapitals und die (realen) Wachstumsraten des Sozialprodukts reichen an die (realen) Zinssätze schon seit Jahren nicht heran. Daher findet ein extremer Umverteilungsprozeß aus der Substanz der Schuldner an die Gläubiger, vor allem an die Banken der Industrieländer und die Investmentfonds statt. Die Konsequenz ist die allenthalben beklagte wachsende Ungleichheit zwischen armen, elenden Massen in vielen Weltregionen und einem nachgerade obszönen Reichtum in den

geschlossenen Clubs der Geldelite. Die Konsequenzen sind auch in den Industrieländern zu verspüren, als Preisverfall der Produkte, als Schrumpfung von Märkten und als Verschärfung der Konkurrenz, vor allem aus den von der Finanzkrise betroffenen Ländern. So wirkt sich das als spannendes Börsenspiel erscheinende und in den Medien so dargestellte Finanzgeschehen direkt auf die Arbeit, die Arbeitseinkommen und die Lebensbedingungen derjenigen aus, die von Arbeit abhängig sind, und das ist noch immer die große Mehrheit der Weltbevölkerung.

Von wegen »Zahlen und Nicht-zahlen« (Luhmann) als Wesensbestimmung der Wirtschaft, die Globalisierung frißt ihre Kinder, die überlebensnotwendigen Mechanismen der »Beißhemmung« (Negt) sind bei den feinen Geldvermögensbesitzern ausgeschaltet.

Schon die Dramatik der kapitalistischen Krise ist Grund genug, um die Frage nach möglichen Alternativen zu einer Ordnung, die auf einen schweren Konflikt zusteuert, auf die politische Agenda zu setzen. Allerdings wird die Frage nach Alternativen dadurch kompliziert, daß im Zuge der Globalisierung der umgrenzte territoriale Raum von Solidarbeziehungen und demokratischer Partizipation aufgelöst wird. Bislang konnten etwa Vorschläge »alternativer Wirtschaftspolitik« (unter anderem von der Memorandumgruppe¹⁹) eindeutig für die je nationale Wirtschaft (West) Deutschlands entwickelt werden. Adressaten waren und sind die nationale Regierung und die sozialen Akteure (Bundesbank, Arbeitgeber, Gewerkschaften) im nationalen Raum. Diese Beschränkung (und Konzentration) des alternativen Denkens auf die »Nationalökonomie« ist heute nicht mehr möglich; Alternativen müssen die globale, nationale, regionale etc. Ebene mit höchst unterschiedlichen Akteuren einbeziehen, um Probleme zu identifizieren und Lösungsvorschläge in sich konsistent zu präsentieren. Die Übersichtlichkeit des nationalstaatlichen Raums ist in Zeiten der Globalisierung passé. Dies zeigt sich bereits, wenn ein Memorandum alternativer Wirtschaftspolitik in der und für die Europäische Union formuliert wird.²⁰ Es sind sowohl praktisch-politische als auch beträchtliche theoretische Probleme aufgeworfen. Leider haben sich mit dieser Dimension der Entwicklung alternativer Vorschläge nur wenige Arbeiten, die auf die »Preisfrage« eine Antwort suchten, auseinandergesetzt.²¹

Im herrschenden neoliberalen Denken ist der Triumph des Marktes als »Ende der Geschichte« interpretiert worden. Schon Cournot hat dieses Ende als ein allgemeines Gleichgewicht interpretiert, auf das der Markt mit seiner ausgleichenden Wirkung hintendiert.²² Eine Marktökonomie kann demnach die Entropie bis zum Stillstand des Systems (»Ende der Geschichte«) steigern.²³ Dem Entropieanstieg der realen Ökonomie entspricht auf der Ebene ökonomischer Diskurse, daß die Verschiedenheit von Interpretationen der sozioökonomischen Entwicklung durch die Langeweile des »eindimensionalen Denkens« (*pensée unique*) abgelöst wird. Einfalt obsiegt über Vielfalt. Dies könnte eine Angelegenheit der Ästhetik sein, die unter dem Anstieg der Entropie ganz zweifellos leidet; doch es geht dabei auch um soziale und politische Interessen. »Entropieresistenz«, von der Ernest Gellner in anderem Zusammenhang spricht²⁴, äußert sich also in der Suche nach Alternativen. Doch

19 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln. Das »Memorandum« erscheint seit Mitte der siebziger Jahre jährlich.

20 Vgl. European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe: Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternative to Competitive Austerity, Manuskript Universität Bremen 1998. Die Arbeit des Netzwerks der »European Economists« ist durch einen der beiden Baso-Preise gewürdigt worden.

21 Eine Ausnahme ist die Arbeit von John Wiseman, die von der Jury prämiert worden ist: J. Wiseman: Alternatives to oppressive globalisation? Thinking and acting strategically at global, regional, local and national levels; vgl. auch J. Wiseman: Global Nation? Australia and the politics of globalisation, Cambridge/New York/Melbourne.

22 Vgl. dazu P. Anderson: A Zone of Engagement, London/New York.

23 Dem würde von Hayek zwar widersprechen, da er den Wettbewerb für das beste aller möglichen »Entdeckungsverfahren« hält (vgl. F. A. von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Vortrag im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kieler Vorträge, Folge 56, Kiel 1968). Aber im Gleichgewicht gibt es nichts mehr zu entdecken, da alle saturiert sind und keine Veranlassung haben, ihre Pläne zu ändern.

24 Vgl. E. Gellner: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

25 Wie leicht der Versuch, Alternativen zu denken, sich der Lächerlichkeit preisgeben kann, zeigt unnachahmlich das »Gespräch über die Zukunft« zwischen Hans Magnus Enzensberger, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler im *Kursbuch 14* vom August 1968. Nicht nur lächerlich, sondern ärgerlich ist der Sachverhalt, daß Rabehl seinen damaligen linksradikalen Unfug gedankenlos in rechtslastigen Unfug überführt und sich wieder der publizistischen Aufmerksamkeit gewiß sein kann – vgl. das Gespräch zwischen Rabehl, Mattenklott und Schröder in: Der Tagesspiegel, 2. Dezember 1998.

26 Dies betrifft die Art des Zitierens, der Textenteilung, der Herstellung von Bezügen, die den Autor (die Autorin) in einer epistemic community verorten, bis hin zu formalen Standards, die durch das jeweilige Textverarbeitungsprogramm gesetzt werden. Es ist kein Zufall, daß die Texte aus Afrika diese Standards nicht beachten. Zum Teil liegt dies daran, daß die meisten eingereichten Texte nicht mit einem PC, sondern mit traditioneller Schreibmaschine verschriftlicht wurden, zum Teil aber dürfte dies mit einer spezifischen Kultur der Auseinandersetzung um Alternativen zu tun haben. Die Frage, wie in unterschiedlichen Kulturkreisen über politische Alternativen zu einer unerträglichen Lage nachgedacht und kollektiv debattiert wird und wie die Resultate dann individuell zu Papier gebracht werden, ist in der Ausschreibung zu wenig berücksichtigt worden.

dagegen sind Barrieren errichtet. In der Welt der neoliberalen Geldgesellschaft ist Arbeit nicht nur aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, die Artikulation von Interessen der Arbeit stößt auf Schwierigkeiten. Auch Arbeiter sind dem verführerischen Charme des Besitzes von Geldvermögen ausgesetzt, zumal ihnen angesichts eingeschränkter Leistungen des Sozialstaats kaum eine Alternative bleibt. Dies erfahren die Gewerkschaften überall in der Welt, die mit dem Dilemma der sich verändernden Grundlage von Solidarität konfrontiert sind und im politischen Diskurs marginalisiert werden. Dies kommt auch im Wettbewerb um den Basso-Preis zum Ausdruck: mit den Gewerkschaften als Akteuren in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen beschäftigt sich unter den 150 eingegangenen Arbeiten nur eine, und zwar in traditioneller, akademischer Weise, indem anhand von Fallstudien grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kooperation in Europa untersucht wird.

Der »globale Gesellschaftsvertrag« als Alternative zum neoliberalen Markt?

Bis zum Einsendeschluß (im Juli 1998) wurden also 150 Arbeiten aus aller Welt in den vier zugelassenen Sprachen (englisch, italienisch, spanisch, französisch) eingereicht, die eine Antwort auf die oben zitierten Fragen versuchten. Darunter waren viele Texte, die weder in kollektiven Prozessen entstanden waren noch sich dafür eigneten. Sie waren mehr oder weniger sympathisch »versponnen« oder in schlechtem, also in abstraktem Sinne utopisch und nicht im Sinne Ernst Blochs »konkret«, d.h. darum bemüht, die überschießenden Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft ausfindig zu machen und für emanzipatorische Zwecke zu verwenden.²⁵ Versponnenheit ist keineswegs immer ein Zeichen für Abwegigkeit, sondern Ausdruck dafür, daß die Stromlinienförmigkeit des herrschenden Denkens in manchmal hilfloser Weise nicht akzeptiert und konterkariert wird.

Und trotz dieser Unterschiede endet eine Sichtung der verbleibenden Arbeiten doch mit einer Überraschung. Die Globalisierung hat offensichtlich auch bei den Debatten über Alternativen in den Weltregionen, Ländern, Kulturkreisen, »epistemic communities«, politischen Richtungen in grotesker Weise vereinheitlichend gewirkt. Die »pensée unique« hat auch die Alternativen ergriffen. Nicht nur, daß die Gewerkschaften als Akteure im weltweiten alternativen Diskurs kaum noch präsent sind; nicht nur, daß sich die akademischen Standards in fast allen Arbeiten aus allen Weltregionen gleichen;²⁶ nicht nur, daß die Marxsche Theorie eher beiläufig erwähnt oder »postmodern« re-interpretiert oder aber trotz dem Neoliberalismus, zumeist in höchst traditioneller Ausformung (erstaunlicherweise in den Beiträgen aus Mittel- und Osteuropa), entgegengehalten wird; nicht nur, daß Umweltprobleme entweder ignoriert oder aber als bereits präsente Katastrophe aufgebaut oder romantisch verkitscht dargestellt werden – der wichtigste gemeinsame Bezug für die Debatte über Alternativen ist *Le Monde Diplomatique*. Denn diese Zeitschrift erscheint inzwischen in allen wichtigen Weltsprachen und wird folglich überall gelesen. *Le Monde*

Diplomatique (LMD) hat die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und mit der Realität der kapitalistischen Globalisierung zum zentralen Anliegen erhoben, und daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Einschätzungen von LMD die gemeinsame Sprache liefern, mit der die Verständigung über Neoliberalismus und Globalisierung und über die notwendigen Alternativen erfolgt. LMD hat viele fakten- und gedankenreiche Analysen publiziert, die den hohen Wert der Zeitschrift bestimmen. Doch ist das ausreichend?

Auch in vielen Zuschriften zum Preisausschreiben findet sich die LMD-spezifische Spaltung in kritisch-überzeugende Analyse einzelner Aspekte und Tendenzen der Globalisierung (im weitesten Sinne) und in politische Alternativvorschläge, die sie dem ökonomischen (Welt)Markt den politischen (globalen) Gesellschaftsvertrag entgegensetzen. Dafür plädieren Riccardo Petrella,²⁷ Ignacio Ramonet,²⁸ die Gruppe von Lissabon,²⁹ der Petrella vorsteht, und viele, viele andere, zu denen sich inzwischen auch, aus dem anderen »Lager« kommend, der bereits zitierte George Soros hinzugesellt. Auch er will den globalen Gesellschaftsvertrag für eine »freie und offene« Gesellschaft, da selbst ihm seine Art von Kapitalismus inzwischen Angst bereitet.

Aber kann ein globaler Gesellschaftsvertrag überhaupt eine Lösung sein? Es ist hier weniger von Bedeutung, daß die harte Analyse der neoliberalen Zustände durch eine normative Begründung des globalen Gesellschaftsvertrags aufgeweicht werden könnte. Wichtiger ist eine Reflexion des Status des globalen Gesellschaftsvertrags im theoretischen und politischen Diskurs. Die Idee des Gesellschaftsvertrags entstand im frühen Bürgertum, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr durch eine göttlich »prästabilisierte« oder autoritär durch die alten feudalen Mächte oktroyierte Ordnung hergestellert wissen wollte, sondern durch selbstbewußte Aktion seiner selbst. Das war ein gewaltiger theoretischer Fortschritt, der eine politische Revolution begleitete. Adam Smith hat jedoch auf die Mängel der Vertragstheorien aufmerksam gemacht, als er zeigte, daß die moderne Vergesellschaftung nicht durch Vertrag, der immer wieder erneuert werden muß, zustandekommt, sondern durch den abstrakt-allgemeinen Mechanismus des Marktes. Die Individuen sind schon vergesellschaftet, bevor sie sich dessen bewußt werden: als Konsumenten, als Produktanbieter, als Geldvermögens- und als Arbeitskraftbesitzer.³⁰ Marx hat gezeigt, wie dieser Vergesellschaftungsmechanismus, basierend auf der Substanz der Arbeit und in Bewegung gehalten durch die Form des Geldes, funktioniert: Er löst in der Tendenz alle traditionellen Bindungen auf, führt zu der von Karl Polanyi beschriebenen »Entbettung der Marktwirtschaft« aus den gesellschaftlichen Verhältnissen,³¹ bringt aber unbedingt die später von Keynes hervorgehobenen finanziellen Instabilitäten hervor und löst »kleine« konjunkturelle und »große« strukturelle Krisen aus.

In einer »großen Krise« befinden wir uns heute, daran wird in der kritischen Literatur nirgendwo gezweifelt. LMD hat allergrößte Verdienste wegen der schonungslosen, gedankenreichen und tief-schürfenden Analyse von Einzelaspekten dieser Krise. Kann der

27 Vgl. R. Petrella: Wider eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist, in: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 26. November 1998.

28 Vgl. I. Ramonet in vielen seiner Leitartikel auf der ersten Seite von LMD, z. B. in LMD vom 15. Januar 1999 unter dem Titel »Gesellschaftsvertrag 2000«.

29 Vgl. Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, Neuwied 1997.

30 Vgl. E. Altvater: Die prästabilisierte Harmonie, die unsichtbare Hand und die moderne Globalisierung, Festvortrag auf dem Leibniz-Tag 1998 der Leibniz-Sozietät e.V., in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 23, Jahrgang 1998, Heft 4, S. 5-38.

31 Vgl. K. Polanyi: The Great Transformation, Frankfurt/M. 1978.

32 Rousseau konnte sich das Feld, auf dem seine »volonté générale« Ausdruck findet, nur in einer überschaubaren Polis, höchstens für Korsika vorstellen; nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz I, in: Kursbuch 1, Juni 1965, S. 76.

33 Nach K.M. Michel: Die sprachlose Intelligenz ..., a.a.O., S. 77.

Eine kürzere Version dieses Artikels, mit dem »UTOPIE kreativ« die Veröffentlichung von Arbeiten zum *Lelio Basso Preis 1998* abschließt, ist 1999 erschienen als »Die Preisfrage oder: Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique««, in: W. Lenk, M. Rumpf, L. Hieber (Hg.): *Kritische Theorie und politischer Eingriff*, Festschrift für Oskar Negt, Hannover, S. 357-368.

In UTOPIE kreativ wurden seit April 1999 folgende Arbeiten zum Wettbewerb um den Lelio Basso Preis veröffentlicht:

BENEDETTA CALANDRA:
Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile (in: Nr. 102, April, S. 22-36) – Calandra schreibt über Entstehung, Entwicklung und Grenzen von Kleinstunternehmen des informellen Sektors in Santiago de Chile.

BERTELL OLLMAN:
Dialektik – warum gerade jetzt? (in: Nr. 103/104, Mai/Juni, S. 31-43) – Ollman beschreibt, wie Dialektik die historische Dynamik zu erfassen vermag. Der Artikel verknüpft Vergangenheit mit Zukunft und präsentiert so eine historische Zeitschiene, die im herrschenden Denken allenfalls als Abstellgleis noch existiert.

LEV KREFT:
Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien (in: Nr. 106, August, S. 25-43) – Kreft beschreibt am Beispiel Sloweniens, wie der Nationalismus in Jugoslawien ab den siebziger Jahren zur beherrschenden Ideologie avancieren konnte. Die

Analyse der Krisentendenzen des marktwirtschaftlichen Vergesellschaftungsmechanismus aber eine normative Volte zur vertragstheoretischen Begründung von Vergesellschaftung als Alternative folgen? Ist dies nicht eher Reminiszenz als analytisches Ergebnis, hat hier nicht intellektuelle Verzagtheit eine Rolle gespielt, die möglicherweise in einer »ricerca collettiva« hätte vermieden werden können? Es fehlt in Zeiten der Globalisierung schon die Überschaubarkeit des Ensembles der Vertragspartner;³² und weder Netzwerke der »global governance« noch das Institutionensystem der UNO kann dieses ersetzen oder dafür ein Forum bieten. Dies verhindern schon die USA, die realpolitisch ihre »unipolare« Überlegenheit – wie im Nahen Osten oder auf dem Balkan – brutal ausnutzen und die Menschenrechte und Rechte der Völker mit Füßen treten. Das ist freilich eine extrem schlechte Voraussetzung für eine globale »deliberative« Demokratie und für Abschluß und Geltung von globalen Gesellschaftsverträgen, zumal hier mehr als 200 Jahre später eine Erkenntnis von Babeuf zu beachten ist: »Der Einfluß der Vernunft ist sehr groß, sehr mächtig auf diejenigen, die fähig sind zu denken und zu urteilen. Der Einfluß der Gewohnheit jedoch ist um vieles stärker und bei der Mehrheit viel mächtiger... Es ist unmöglich, die Massen mit Hilfe der Vernunft zu führen.«³³ Von der Aufklärung über Alternativen darf also nicht zu viel erwartet werden. Wunder gibt es nicht. Daher ist die Idee vom globalen Gesellschaftsvertrag sympathisch, aber nicht realistisch.

Wenn denn die »große« gesellschaftsvertragliche Lösung der durch Globalisierung und Neoliberalismus aufgeworfenen Probleme an der politischen und ökonomischen Realität scheitern muß, bleiben erstens abstrakte Modelle, zweitens exemplarische revolutionäre Bewegungen, drittens eher technische Lösungsvorschläge oder viertens »reformistische« Alternativen »mittlerer« Reichweite und kleiner Lebensräume. So lange die Revolution als Alternative noch denkbar ist, sollte sie auch möglich sein, lautet die emphatische These der ersten Gruppe von Alternativen.

Das ist freilich nicht sehr ernst zu nehmen, im Unterschied zu den häufigen Verweisen auf revolutionäre Bewegungen der jüngeren Zeit. Eine Reihe von Arbeiten zur »Preisfrage« beschäftigt sich mit der Bewegung der Zapatistas, analysiert deren Selbstverständnis als einer Bewegung gegen den Neoliberalismus und stellt sie daher in den globalen Kontext, so wie es Subcommandante Marcos auch getan hat. Die innermexikanische politische Bedeutung der Bewegung der Zapatistas und die Wellenschläge in anderen Weltregionen sind nicht zu unterschätzen. Doch enthüllt die nüchterne Analyse sehr bald die Schwierigkeiten einer Übertragung der Erfahrungen aus dem lakonischen Wald in die urbanen Regionen Nordamerikas oder Westeuropas – trotz des Zusammenhangs, der wegen der realen ökonomischen und ideologischen Globalisierung existiert. Die Interpretationen der Revolte von Chiapas greifen daher nicht selten zurück auf die Lehren aus der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, auf die kulturalistischen Analysen von Raymond Williams, in denen nicht allein die ökonomische Lage, sondern Würde und deren Verletzung Anlaß zur Revolte gibt. Das hatte im übrigen auch B. Traven in seinen Romanen und

Erzählungen aus Mexiko, »Regierung«, die »Rebellion der Gehenkten« oder »Land des Frühlings«, eindrucksvoll beschrieben – allerdings vor mehr als 60 Jahren.

Zu den technischen Alternativen gehören die Vorschläge zur Errichtung der fahrradgerechten Stadt, zur Förderung des Mikrokredits oder des »fair trade«, um im Meer des globalen Freihandels Inseln der Gerechtigkeit zu bauen, oder eine alternative Drogenpolitik auf kommunaler Ebene. Diese Vorschläge, so sinnvoll sie im einzelnen sind, haben den Mangel gemeinsam, daß eine gesamtgesellschaftliche oder gar globale Perspektive gar nicht erst versucht wird.

Davon heben sich die Alternativen mittlerer Reichweite ab. Damit beschäftigt sich auch LMD und daher rekurren einige Teilnehmer am Basso-Wettbewerb auf die dortigen Analysen. Im Prinzip geht es darum, dem globalen System Regeln zu geben, wenn es schon nicht grundlegend geändert werden kann. Soziale und ökologische Klauseln im Welthandels- und Finanzsystem könnten besser als »codes of conduct«, die aber wegen der Involviertheit von Nicht-Regierungsorganisationen von einigen präferiert werden, auf globaler Ebene den Abbau nationalstaatlicher Kontrollmöglichkeiten kontrollieren. Denn international vereinbarte Klauseln hätten anders als »codes of conduct« den Vorteil, erzwingbares Recht (law enforcement mechanisms) zu sein. Die Kampagne gegen die nahezu vollständige Beseitigung nationalstaatlicher Kontrollen von transnationalen Konzernen, die das »multilateral agreement on investment« (MAI) vorsah, ist erfolgreich gewesen und zeigt, daß Verteidigungsstellungen gegen die entrechtenden Übergriffe der Globalisierung erfolgreich sein können. Auch das Scheitern der WTO-Konferenz von Seattle kann so interpretiert werden.

Der Erfolg muß aber letztlich der »ricerca collettiva«, also den vielen Organisationen und einzelnen Gruppen zugeschrieben werden, die über das Internet in allen Weltregionen gegen das MAI mobilisiert haben und zum ersten Mal offenkundig machen konnten, daß der Globalisierung soziale und politische Grenzen gesetzt werden können. Alternativen, dies ist eine Lehre, entstehen also nicht in erster Linie als Folge ingenieurer Eingebungen, sondern in einem komplexen Prozeß der Produktion von Wissen aus Erfahrungen, kollektiver Reflexion, theoretischer Arbeit. Dies ist auch die Schlußfolgerung der Preisträgerin Janet Conway, die diesen Prozeß am Beispiel eines Netzwerks von sozialen Bewegungen in Toronto, Kanada, analysierte. Auch das Netzwerk alternativer Ökonomen in Europa verweist auf die Bedeutung der kollektiven Anstrengung in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt. »*Affermare il proteo*«, das Ungeheuer der neoliberalen Globalisierung muß gezähmt werden – in einem sicherlich langwierigen und konfliktreichen Prozeß. Es ist nicht möglich, es aus der Welt zu schaffen. Auch wenn George Soros, der natürlich über unendlich größere Finanzmittel als die Basso-Stiftungen verfügt, einen Preis mit Millionen oder Milliarden US-Dollar dotieren würde, er könnte keine besseren Antworten auf die Preisfrage des *Internationalen Lelio Basso Preises* bekommen.

frustrierende Modernisierung gab dem Nationalismus einen Raum, den er sonst nicht gehabt hätte. Im Sog der Globalisierung bot der Rekurs auf nationale Ideologeme einen gewissen Halt.

BAMBA KA:

Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung (in: Nr. 108, Oktober, S. 67-72) – Ka verweist auf die widersprüchlichen Wirkungen der von außen forcierten Durchsetzung westlich-demokratischer Strukturen auf die Gesellschaften in Afrika. Der *pensée unique* des Neoliberalismus entspricht ein ähnlich uniformer Demokratisierungsdruck, der sich allein am Modell westlicher Konkurrenzdemokratie ausrichtet. Notwendig wäre eine Demokratisierung, die international anerkannte Normen mit regionalen Traditionen schöpferisch verbindet.

ROBERTO BUGLIANI:

Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus (in: Nr. 109/110, November/Dezember, S. 83-91) – Er reflektiert kritisch den neoliberalen Globalisierungsdiskurs anhand der Erfahrungen und Theorien der Bewegung der Zapatistas.

TIM MURPHY:

Drogenpolitik und die Linke (in: Nr. 111, Januar 2000, S. 57-69) – Murphy betont die Notwendigkeit der »gesellschaftlichen« Regulation des Drogenkonsums. Verbote allein nutzen nichts, aber auch eine libertäre Freigabe der Drogen ist keine tragfähige Lösung.